

trocknen ganzer Flüsse und Seen deutlich sichtbar ist. Vereinzelte Umweltschutzbewegungen verweisen fast ausschließlich auf die umweltfeindlichen Abbaumethoden der großen Bergbauunternehmen. Wie schon erwähnt, wird ein Zusammenhang mit dem globalen Klimawandel nicht hergestellt. Hinzu kommt, dass in der jetzigen Situation die Politik großes Interesse daran hat, den Bergbausektor weiter auszubauen, weil Abbau und Verkauf der reichlich vorhandenen Rohstoffe als Schlüssel zur Armutsbekämpfung angesehen werden.

5. POLITIKER, UMWELTBEWEGUNGEN UND WISSENSCHAFTLER OHNE KOORDINATION

Das Thema globaler Klimawandel spielt in der gegenwärtigen politischen Diskussion in der Mongolei keine nennenswerte Rolle. Keine der in der öffentlichen Wahrnehmung relevanten politischen Parteien hat dieses Thema auf der Agenda. Auch in den Medien spielt das Thema keine Rolle. Zwar gibt es vereinzelt Berichte

über Umweltschäden, die in den letzten Jahren sichtbar geworden sind. Jedoch werden hier die Ursachen eher in den „hausgemachten“ Problemen seit Beginn der politischen und wirtschaftlichen Transformation gesucht, allerdings auch ohne nennenswerte Konsequenzen für entsprechendes politisches Handeln. Es ist in der gegenwärtigen Situation kaum möglich, vereinzelt Berichte zu Umwelt- und Klimaveränderungen in der Mongolei dahin gehend zu verifizieren, ob globale oder nationale Entwicklungen als Ursache benannt werden müssen, geschweige denn, dass solche Berichte Voraussetzung für eine breite gesellschaftliche Diskussion sein könnten.

Auch wenn entsprechende Einzeluntersuchungen von Wissenschaftlern vorliegen, findet eine Kommunikation mit den Politikern und Umweltbewegungen nur unzureichend statt. Damit ist offenkundig keine ausreichende Diskussionsgrundlage vorhanden, um dieses komplexe Thema in der öffentlichen Wahrnehmung entsprechend zu „plazieren“.

AFGHANISTAN: IN KABUL ENTSPRICHT DER TÄGLICH EINGEATMETE SMOG 55 ZIGARETTEN

Babak Khalatbari | Asgar Abbaszadeh

Die Umweltdiskussion in Afghanistan erscheint durch die Aus- und Nachwirkungen von rund zwei Dekaden kriegerischer Auseinandersetzungen nicht sonderlich vordergründig oder komplex geführt zu werden.

Formell wird das Thema in der afghanischen Verfassung berücksichtigt. Insgesamt kommt das Schlagwort „Umwelt“ (تسيز طبيح) zwei Mal in der Verfassung vor. In der Präambel der Verfassung findet es von 11 Punkten an zehnter Stelle wie folgt Berücksichtigung: „Wir, das Volk von Afghanistan, haben zur Sicherung von Wohlstand und gesunder Umwelt für alle Bewohner dieses Landes, die Verfassung unter Berücksichtigung der historischen, kulturellen und sozialen Realitäten des Landes sowie der Erfordernisse der Zeit durch unsere gewählten Vertreter in der Großen Ratsversammlung (Loya Dschirga) am 14. Juni 1382 Hidschra (04.01.2004) in der Stadt Kabul verabschiedet.“ Die zweite Verwendung des Begriffes „Umwelt“ wird in Artikel 15 aufgegriffen, in dem festgehalten wird, dass „der Staat verpflichtet ist, zum Schutz und zur Gesundung der Wälder und der Umwelt notwendige Maßnahmen zu ergreifen.“ Der Begriff

„Umweltschutz“ (تسيز طبيح) oder „Klimawandel“ (میلقا تاریغت) kommt in der Verfassung nicht vor.

Im Zeitraum Mai 2007 wurden die führenden Printmedien Afghanistans auf das Schlagwort „Klimawandel“ ausgewertet: Es gab keinen einzigen Beitrag zum Thema „Klimawandel“. Gegenwärtig scheint das Thema in Afghanistan keine Aufmerksamkeit zu erregen. Ein für Afghanistan mittlerweile typisches Stigma. Denn obwohl das Land am 17. Juni 2004 zahlreiche völkerrechtliche Vereinbarungen zum Klima- und Umweltschutz unterzeichnet hat, scheint sich Afghanistan mit der praktischen Umsetzung der politischen Inhalte noch nicht sehr intensiv auseinandergesetzt zu haben. Dies liegt zum einen sicherlich an dem Sachverhalt, dass es erst seit Ende 2005 ein Parlament gibt und zum anderen aber auch an den teilweise nur suboptimalen Arbeitsvorgängen in den Ministerien.

Letztendlich erschwert die sich verändernde Sicherheitslage nicht nur den Wiederaufbauprozess, sondern auch die politische Auseinandersetzung um andere

wichtige Themen wie etwa dem „Klimawandel“. Wie singulär der Diskurs zu dem Thema bislang verlaufen ist, verdeutlicht der Sachverhalt, dass es seit 2001 lediglich eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema gab. Die englischsprachige Veröffentlichung hat den Titel „Afghanistan’s Environment in Transition“ und wurde von Ali Azimi und David McCauley verfaßt. Herausgeber, der im Dezember 2002 erschien 39seitigen Publikation, ist die Asian Development Bank.

Der Klimawandel in Afghanistan erscheint vielschichtig und auf verschiedenen Ursachen zu basieren: Neben der weltweiten Erderwärmung, dem Ausstoß von Treibhausgasen und immer extremeren Trockenheitsperioden kommen in Afghanistan schwere Kriegsverwüstungen mit einhergehender Umweltverschmutzung und die unkontrollierte Abholzung der noch verbleibenden Wälder hinzu. Dies führt vermehrt zu schweren Bodenerosionen, Desertifikation und Überflutungen. Zu den allgemeinen Trends kommt der negative Indikator hinzu, dass die wieder ansteigenden kriegerischen Auseinandersetzungen speziell im Süden und Südosten des Landes zu Binnenmigration führen oder verstärkt führen kann, was über einen längeren Zeitraum hinweg mit großer Wahrscheinlichkeit zu der Verwaisung und Verkarstung des kultivierten Bodens führt. Diese Landflucht führt zu einer Konzentration der Bevölkerung in städtischen Gebieten und führt dort zu ernstzunehmenden Umweltverschmutzungen durch Gas- und Dieselemissionen sowie der generellen Verschlechterung der Lebensverhältnisse und der Lebenserwartung. Veralterte Maschinen, Geräte und Autos vermehren zusätzlich kontinuierlich den CO₂-Ausstoß. Darüber hinaus gestaltet sich ebenfalls die Müllentsorgung höchst problematisch: So leben beispielsweise 3,5 Millionen Einwohner ohne Kanalisation und offizielle Müllabfuhr in der Hauptstadt Kabul, die für maximal 400.000 Einwohner konzipiert ist. Dies trägt zu einer generellen Absenkung des Grundwasserspiegels sowie zur Erhöhung der Nitratwerte bei. Nach einer Studie der Vereinten Nationen soll der in der afghanischen Hauptstadt Kabul pro Tag eingeatmete Smog der Schadstoffmenge von 55 Zigaretten entsprechen.

Als das größte und elementarste Problem der letzten Jahre wird in Afghanistan die humanitäre und landwirtschaftliche Wasserversorgung angesehen. Hierbei ist jedoch noch nicht ganz klar, ob das Abfallen des Grundwasserspiegels mit den Intervallbewegungen außerordentlicher Dürreperioden zusammenhängt oder aber mit den Auswirkungen des Klimawandels. Der ehemalige UN-Nothilfe-Koordinator, Kenzo Oshima, bezeichnete schon im Jahr 2001 Afghanistan auf Grund der oben genannten Umstände als „one of the worst places in the world to try to live.“



Das Dorf Deh Sabz mitten in der Wüste. In der Sprache der Einheimischen bedeutet der Name „Das grüne Dorf“ und deutet auf frühere Vegetationszonen hin.

Auf die Berichte von Sir Nicholas Stern und vom IPCC gab es bislang keine bekanntgewordenen direkten oder indirekten Reaktionen. Der Begriff „IPCC-Report“ musste bei allen Gesprächs- und Projektpartnern erläutert werden, auch konnten beispielsweise weder afghanische Wissenschaftler noch Journalisten die Herleitung zu „Intergovernmental Panel on Climate Change Report“ bilden.

Studien der letzten Zeit haben ergeben, dass 80 Prozent der afghanischen Bevölkerung direkt auf natürliche Ressourcen zurückgreift, um tägliche Bedürfnisse zu befriedigen. Mehr als zwei Jahrzehnte Krieg, Flüchtlingsbewegung, der Kollaps jeglicher Form von Regierungsgewalt, der Mangel an Management und letztlich Raubbau haben die Basis der natürlichen Ressourcen nachhaltig geschädigt. Die in noch vielen Gegenden fehlende Gesetzgebung stellt eine große Herausforderung für das Umwelt- und Ressourcenmanagement dar. Um diese Lücken zu schließen, arbeitet das United Nations Environment Programme (UNEP) eng mit der Regierung, der „World Conservation Union“ (IUCN) und internationalen Experten an der Entwicklung eines neuen Umweltschutzgesetzes. Professor Klaus Töpfer, der ehemalige Direktor des UNEP, sagte in Bezug auf das gemeinsame Kooperationsprojekt: „Without laws, environmental treaties and agreements are mere paper tigers.“ Das Umweltschutzgesetz stellt ein Rahmenwerk dar, das darauf abzielt, die geschädigte Umwelt zu rehabilitieren und ist Teil eines Dreijahresprogramms zur Förderung von Capacity-building. Dieses Rahmenwerk ist die erste Gesetzgebung in Afghanistan, welche insbesondere den Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen, des Wassers und der Wälder, der Luft und des Bodens zum Inhalt hat.

Kurzfristige Aktivitäten konzentrieren sich auf die Gründung von Institutionen auf nationaler Ebene. Langfristig ist ein stärkeres Engagement seitens der Legislative und der Justiz angestrebt. Es ist geplant, Nichtregierungsorganisationen, religiöse Gruppen und Medien dabei einzubeziehen. Innerhalb eines Rahmens von 10 Jahren sollen weitere Maßnahmen umgesetzt werden:

- das Etablieren von Strategien für Umwelt- und Ressourcenmanagement;
- Verbinden von Umweltbelangen mit nationaler und regionaler Wirtschaftsplanung;
- Organisation nationaler Mitwirkung an und Einhaltung von multilateralen Umweltabkommen;
- Einhalten eines Minimums an Umweltstandards hinsichtlich der Qualität der Umwelt auf nationaler Ebene;
- Übernahme von Verantwortung für spezielle Systeme wie z.B. Naturschutzgebiete, den Abbau von Mineralien.

Viele der genannten Aktivitäten wurden von internationalen Akteuren angestoßen und vorangetrieben. Dies ist jedoch nicht nur in Afghanistan so, sondern

bei vielen Transformationsstaaten, da oftmals die ministerielle Infrastruktur neu entstandener Staaten solche komplexen Themen nicht im erwünschten Zeitrahmen aufgreifen kann. Allerdings haben sich bis dato in Afghanistan keine hervorstechenden Akteure herausgebildet und kein Politiker und keine Partei setzen sich öffentlichkeitswirksam mit der Thematik des Klimawandels auseinander.

Eine Organisation, die in diesem Zusammenhang genannt werden sollte, ist die „Afghan Organization of Human Rights and Environmental Protection“ (AOHREP). Die Organisation wurde im Jahr 2000 gegründet und ist landesweit aktiv. Die Organisatoren kamen erstmals im Mai 2007 mit Vertretern des afghanischen Parlamentes in Kontakt, um in der „Arbeitsgruppe Umwelt“ über Umweltprobleme und speziell auch den Mohnanbau zu diskutieren. Abschließend kann festgestellt werden, dass das Thema „Klimawandel“ von afghanischen Entscheidungsträgern noch nicht ernsthaft aufgegriffen wurde und daher auch noch keine bedeutenden Akteure ins sozio-politische Geschehen eingegriffen haben.

ZENTRALASIEN: ALTLASTEN AUS DER SOWJETZEIT BESTIMMEN DIE UMWELTAGENDA

Michael Winzer

Die Bezeichnung Zentralasien bezieht sich im folgenden Text auf die Länder Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan.

Als globales Phänomen ist der Klimawandel auch in Zentralasien nachweisbar. Seit Anfang der 1970er Jahre gibt es in der Region einen deutlich messbaren Anstieg der Jahresmitteltemperaturen, der sich von den vorhergehenden Entwicklungen abhebt. Aufgrund der langjährigen Entwicklung ist daher eine systematische Erwärmung auch in Zentralasien feststellbar. Die zusätzlich eingetretene Gletscherschmelze und der verstärkte Wasserabfluss in der Region bestätigen diesen Befund.

Die Erwärmung in Zentralasien ist deutlich stärker als im globalen Mittel. Der durchschnittliche globale Temperaturanstieg betrug nach Schätzung des Weltklimarats +0,47 Grad. Für Zentralasien ergibt sich hingegen für den gleichen Zeitraum ein Anstieg der

Jahresmitteltemperaturen von +1,15 Grad bis +2,1 Grad. Die Erwärmung des Klimas im Innern des asiatischen Kontinents fällt somit drei bis vier Mal stärker aus als im globalen Mittel.

Aufgrund der schwachen Industrialisierung und des noch geringen Grads wirtschaftlicher Entwicklung insbesondere der Länder im Süden Zentralasiens sind diese noch weit von den durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen von Treibhausgasen der zehn Länder mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen entfernt. Bei den CO₂-Emissionen steht insbesondere zunächst für Kasachstan aufgrund seiner in Zentralasien am weitesten fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung in Zukunft eine Diskussion zur Verringerung von CO₂-Emissionen an. Bei der Verursachung von Treibhausgasen spielt die Region insgesamt im Vergleich zu den Industrieländern keine herausragende Rolle. Erst eine stark wachsende und über mehrere Jahre nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region würde eine breite Diskussion über Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen anstoßen können und müssen.